



Pressemitteilung zum Scheitern des Volksantrags „G9-Verbesserungs-Gesetz“

G9-Volksantrag gescheitert: Elterninitiative sieht „vertane Chance für Baden-Württembergs Schüler“

Etwa 27.000 Unterschriften, viel Zustimmung – doch am Ende reicht es nicht. Der Volksantrag für Verbesserungen am neuen neunjährigen Gymnasium (G9) ist gescheitert. Die Initiatoren sprechen von massivem Gegenwind und warnen vor den Folgen für Schüler und Gymnasien.

Ein trauriger Jahresbeginn für die Schüler in Baden-Württemberg: kurz nach dem gescheiterten Volksantrag des Realschullehrerverbands verfehlt auch der Volksantrags zu Verbesserungen am neuen G9 das Quorum. Damit bleibt ein weiteres Instrument direkter Demokratie ohne Wirkung, trotz etwa 27.000 gesammelter Unterschriften und spürbarem Zuspruch in der Bevölkerung.

„Wir sind enttäuscht und auch traurig“, bedauert Initiatorin Dr. Marita Raschke. „Nicht, weil wir verloren hätten, sondern weil mit diesem Scheitern eine große Chance für ein besseres Bildungssystem vertan wird.“ Über ein Jahr lang sammelten Eltern ehrenamtlich Unterschriften, führten Gespräche und informierten, aus Sorge um die weiterhin im achtjährigen Gymnasium lernenden Kinder und um die Zukunft der Gymnasien insgesamt. Der neue Volksantrag war ein Kompromissvorschlag. Nachdem das geplante Volksbegehren zum vorherigen Volksantrag vom Innenministerium als verfassungswidrig eingestuft worden war, legte die Initiative am 3. Dezember 2024 einen überarbeiteten Gesetzentwurf vor. Ziel war eine G9-Wahlmöglichkeit für die Klassen 6 bis 9. Damit sollten gleich zwei Probleme entschärft werden: der hohe Leistungs- und Zeitdruck im G8 sowie ein absehbarer Lehrkräftemangel durch die G9-Umstellung.

„Wir steuern sehenden Auges auf Unterrichtsausfall, fachfremden Unterricht und fehlende Förderangebote zu“, warnt Ralf Kittel, Mitinitiator des Volksantrags. Nach den Planungen des Kultusministeriums sollen über Jahre hinweg Deputate an Gymnasien wegfallen, bevor mit der ersten 13. Klasse ab 2032/33 schlagartig zusätzlicher Unterrichtsbedarf entsteht. Darüber hinaus forderte der Gesetzentwurf kostenneutrale Verbesserungen im neuen G9: Die zweite Fremdsprache sollte später beginnen, Profulfächer verschoben werden. Damit würde sich eine deutlich bessere Verteilung der Stunden und Klassenarbeiten auf die Schuljahre ergeben und der Stress für Schüler und Lehrkräfte würde sich reduzieren. Weiterhin sollten bewährte Fächer wie NwT und IMP erhalten bleiben.



„Viele Menschen haben unsere Anliegen verstanden und unterstützt“, so Kittel. Gerade in der Anfangsphase sei der Rücklauf an Unterschriften groß gewesen.

Warum reichte es dennoch nicht? Für Raschke liegt der Hauptgrund im massiven Gegenwind. Berufsverbände gymnasialer Lehrkräfte und der Landeselternbeirat positionierten sich gegen den Volksantrag. „Die einen befürchteten zu viel Mehrarbeit für die gymnasialen Lehrkräfte, die anderen hatten schlichtweg unseren Gesetzentwurf nicht verstanden“, kritisiert sie. Inhaltliche Diskussionen oder eine sachliche Auseinandersetzung fanden nur selten statt. „Über unser Anliegen wurde daher entweder gar nicht, unvollständig oder fehlerhaft informiert“, so Raschke. Besonders problematisch sei die fehlende Information an Schulen gewesen, ergänzt Gerhard Wurm, Mitinitiator des Volksantrags. „Häufig wurde die Weitergabe von Informationen mit dem Hinweis auf politische Neutralität blockiert. Infolge haben viele Eltern gar nicht erfahren, dass der Volksantrag existiert, und konnten entsprechend auch nicht unterschreiben. Das direktdemokratische Instrument Volksantrag funktioniert nur, wenn Zustimmung auch in aktives Handeln übersetzt wird. Diese Schwelle konnten wir als ehrenamtliche Elterninitiative gegen so viel Gegenwind letztlich nicht überwinden.“ „Das tut weh“, sind sich die drei Initiatoren einig. „In unzähligen Gesprächen mit Unterstützern und Unterzeichnern haben wir erlebt, wie groß die Zustimmung war.“ Aufgeben will die Initiative dennoch nicht. „Dass wir das Quorum nicht erreicht haben, müssen wir akzeptieren. Nicht akzeptieren können wir jedoch, dass damit das Thema erledigt sein soll. Wir wünschen uns, dass Politik und Verwaltung jetzt genau hinsehen und die gesammelten etwa 27.000 Unterschriften ernst nehmen. Denn eines steht fest: Das Thema ist nicht gescheitert, sondern nur der Volksantrag“, betont Raschke. Die starken Belastungen für G8-Schüler bleiben und die strukturellen Probleme des neuen G9 werden sich immer deutlicher zeigen. „Und wieder einmal werden unsere Kinder die Leidtragenden sein.“ Die Initiative kündigt an, ihre Arbeit fortzusetzen. „Wir bleiben ein kritischer Begleiter der Bildungspolitik“, sagt Wurm. „Und wir werden uns zu gegebener Zeit wieder zu Wort melden.“

Stuttgart, 02.01.2026

Dr.-Ing. Marita Raschke, Ralf Kittel, Gerhard Wurm
– Abdruck honorarfrei – Beleg erbeten –
Kontakt für Anfragen und weitere Informationen:
Presse@g9-jetzt-bw.de